

720/A(E) XXIII. GP

Eingebracht am 07.05.2008

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG

Gemäß § 26 GOG-NR

der Abgeordneten Ing. Hofer, Kickl, Dr. Belakowitsch-Jenewein, Dr. Graf
und weiterer Abgeordneter
betreffend Sicherstellung der Ausbildung von Pflegekräften

Bereits seit vielen Monaten wird in Österreich heftig über den sogenannten Pflegenotstand diskutiert. Und obwohl seitens der Regierungsparteien einige zaghafte Maßnahmen gesetzt wurden, warten die meisten Probleme nach wie vor auf eine Lösung. Es wurde bereits viel über Modelle diskutiert, wie man die ausländischen Pflegekräfte legal beschäftigen kann und manchmal gibt es auch heftige Auseinandersetzungen in der Frage, wie die Pflege und Betreuung der Betroffenen finanziert werden soll. Aber im wahrscheinlich wichtigsten Bereich - der Ausbildung neuer Pflegekräfte - bewegt sich nichts.

Angesichts der demographischen Entwicklung stellt sich die Frage, wer in Zukunft die Pflege- und Betreuung der vielen - und in Zukunft werden es immer mehr - Betroffenen durchführen soll. Einerseits gibt es immer mehr ältere Menschen, die auf Pflege und Betreuung angewiesen sind und auf der anderen Seite gibt es nach wie vor keine mutige Ausbildungsoffensive bei den Pflegeberufen. Diese ist aber dringend notwendig, zumal es fraglich ist, wie lange die ausländischen Pflegekräfte in Österreich überhaupt noch zur Verfügung stehen werden. Auch in den Heimatländern der Pfleger und Betreuer werden die Löhne steigen, was zwangsläufig dazu führen wird, dass die ausländischen Pflegekräfte in Österreich immer weniger werden.

Um den potentiellen Schülern von Gesundheits- und Krankenpflegeschulen einen Anreiz und gleichzeitig Perspektiven zu bieten, sind am derzeitigen Ausbildungssystem Änderungen vorzunehmen. Es wird jedenfalls erforderlich sein, die Pflegeschulen in den Regelschulbetrieb des Bundes zu übernehmen, um den Schülern dann auch die Möglichkeit zu eröffnen, die Schule mit einer Fachmatura abzuschließen. Dadurch steht es auch diesen Absolventen offen, sich auf Fachhochschulen weiterzubilden oder ein weiterführendes Studium an einer Universität zu beginnen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgenden

ENTSCHLIESSUNGSANTRAG:

Der Nationalrat wolle beschließen:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, alle erforderlichen Schritte zu setzen, damit

- die Gesundheits- und Krankenpflegeschulen in den Regelschulbetrieb des Bundes übernommen werden,
- Schüler einer Gesundheits- und Krankenpflegeschule die Schule mit einer Fachmatura abschließen können und
- künftige Absolventen einer Gesundheits- und Krankenpflegeschule die Möglichkeit zum Fachhochschul- und Universitätszugang bekommen.“

In formeller Hinsicht wird die Zuweisung an den Ausschuss für Arbeit und Soziales vorgeschlagen.